



# Gorleben Rundschau



Südafrika, Tansania, Paris

## Keine Renaissance der Atomkraft!

### Frauen

Miss Marples Schwestern dokumentieren den weiblichen Einfluss im wendländischen Widerstand.

### Waldbrand

Vor 40 Jahren brannte der Wald bei Gorleben. War das Brandstiftung? Zufall oder Absicht?

### Warteschleife

Die Endlagerkommission kreist immer noch um sich selbst. Handfeste Ergebnisse gibt es bisher nicht.

## Chance verspielt

Das Bundesumweltministerium hat die Veränderungssperre für Gorleben verlängert, damit der Salzstock unter unserem Wald als möglicher Endlagerstandort gesichert bleibt. Nach dem Auswahlgesetz ist das Bergwerk offenzuhalten, so lange der Standort nicht aus dem Suchverfahren ausgeschlossen ist. Aber: Es gibt bisher keine möglichen anderen Standorte, die für ein Endlager infrage kommen könnten, und nirgendwo anders sind Veränderungssperren geplant.

Ebenfalls haben Bundestag und Bundesrat die Absicht, sich die in diesem Jahr auslaufenden Salzrechte bis zum Jahr 2035 zu sichern, um Gorleben als Favorit für ein Endlager ganz oben auf der Liste zu halten.

Solche Eingriffe in Eigentumsrechte sind für einen glaubwürdigen Neuanfang in der Endlagersuche kontraproduktiv und zerstören jede Hoffnung, dass eine vergleichende Standort-suche ernsthaft gewollt ist. Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, dass der Erkundungsbereich außer Betrieb genommen wird, Bergleute entlassen und Sicherungsanlagen reduziert werden.

Um der Verlängerung der Veränderungssperre entgegenzuwirken, hatte Greenpeace zusammen mit unserer Familie beim Verwaltungsgericht in Lüneburg geklagt. Diese Klage wurde abgewiesen und damit uns und anderen Grundeigentümern das Recht auf Nutzung unserer Grundstücke abgesprochen. Die Fortsetzung der Veränderungssperre beschneidet unsere Rechte. Ich werde einfach den Eindruck nicht los, dass die Vorfestlegung auf Gorleben bleibt, entgegen aller Beteuerungen und halbherziger Maßnahmen zum Rückbau des Endlagerbergwerks.

Durch die Verlängerung der Veränderungssperre und durch die Bestands-sicherung von Salzrechten auf weitere 20 Jahre wird zudem die Arbeit der Endlagerkommission entwertet. Die Chance zu einem echten Neuanfang in der Endlagersuche scheint nun endgültig verspielt. Schade!

Anna Gräfin von Bernstorff



Liebe Leserinnen und Leser,

die vorgeblich „friedliche Nutzung“ der Atomenergie, die industrielle Spaltung der Kerne und die maßlose Hybris einiger selbstwertgestörter Ingenieure, dieses selbst entfachte Höllenfeuer beherrschen zu können und zu müssen, ist in vielerlei Hinsicht ein Ewigkeitsthema. Nicht nur der strahlende Atommüll aus dieser Ära des „kalten Krieges“ wird uns in menschlicher Dimension für ewig erhalten bleiben, die Debatte kreist auch „ewig“ um die gleichen monotonen Themenkomplexe, und mit einfältiger Beharrlichkeit drängt die Atomindustrie uns ihre ewig gleichen Mythen auf. In der aktuellen Klimaschutzdebatte wittern die Ewiggestrigen wieder Morgenluft und gleich Süchtigen drängen sie immer noch und wieder gierig in die verseuchten Uranabbaugebiete der Erde.

Nach Stagnation oder Niedergang der Atomindustrie in den Industrienationen stehen die schnellen Geschäftemacher nicht nur im Iran, sondern auch in verschiedenen afrikanischen Staaten auf der Türschwelle. Aber wie beim Hasen und beim Igel ist der Protest schon da. Nahe dem Himmel, auf dem Gipfel des Kilimandscharo, hielt das „K-Projekt for Peace“ einen zweitägigen Gipfel ab. Auch anderswo in der Welt kämpft David gegen Goliath: Im Dezember wollen wir gemeinsam unseren Protest gegen die Mächtigen in die Stadt der Revolution und der Liebe tragen. Wir stehen dabei in der Tradition starker und rebellischer „Schwestern“, die hier im Wendland (und anderswo) beharrlich und mutig gegen die Atomindustrie und für das Leben streiten. Während die Kommission (war da was?) sich um die Evaluation



**Martin Donat,  
Vorsitzender der  
BI Lüchow-  
Dannenberg**

des Standortauswahlgesetzes und die Kernfragen der Standortauswahl geschickt herumschleicht und stattdessen den ewig gleichen Kaffee aufwärmt, bleibt auch in Gorleben ewig alles beim Alten und Gestrigen. Die Veränderungssperre bleibt exklusiv erhalten, die Regierung sichert sich die Salzrechte bis zur Standortentscheidung, und Demonstranten werden gespeichert und müssen draußen bleiben. Zu allem Überfluss ist unserem Herrn K. noch eine Resolution des bayerischen Landkreises Landshut in die Hände gefallen, dessen Kreistag sich vehement dagegen ausspricht, den Atommüll seiner drei Atomkraftwerke an der Isar einzulagern, dieser solle „vielmehr im Salzstock Gorleben zwischengelagert“ werden... Wir wünschen gutes Zwischenlagern von Badesachen, Holz und Kartoffeln.

### Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.  
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow  
redaktion@gorleben-rundschau.de  
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conrath (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Falko Berkemeier (fb), Angelika Blank (asb), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Günter Hermeyer (gh)  
Gestaltung: Andrea Hagen



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH  
Lohweg 1, 30559 Hannover  
Auflage: 5200, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White  
Weitere Infos, Leserbriefe und Feedback auf der Website:  
www.gorleben-rundschau.de



## Gorleben Archiv Vor 25 Jahren

1990 geschieht viel Juristisches: Gerichte versagen den Endlagerstopp, lehnen einen Rechtsschutz gegen die sofortige Vollziehbarkeit der atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung ab, entscheiden gegen den Sofortvollzug der Betriebsgenehmigung des Castor-Lagers. Und täglich rollt Atommüll.

Der Widerstand reagiert: Am 7. Mai wird der Zaun zur Pilotkonditionierungsanlage (PKA) mit selbstgebauten Treppen überwunden. Am 22. Juni besetzen Wendländer die Bergwerkstürme: Die Aktion „Gorleben bebt!“ beginnt. Fünf Monate werden montags ab 6 Uhr die Tore zum Zwischenlager und zur PKA-Baustelle blockiert.

Konzerte, Frührschoppen, Malwettbewerbe – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Handwerker mauern das Tor zum Zwischenlager zu, Nicht-Handwerker machen sich mit Meißel an der Mauer um die Endlagerbaustelle zu schaffen.

Gäste aus Salzwedel, Bremen, Heidelberg bereichern die Blockaden, Musiker aus Japan, Kinder aus Tschernobyl.

Die Kreisverwaltung moniert, dass eine Verkehrsblockade unrechtmäßig sei, die Presse bezeichnet sie als Dauerplage für die Atomindustrie. Nützt nix.

Es folgen Montage mit Holzfällern, einem Friseur, Marktständen der Wendland-Kooperative, sogar 600 Schafen vor der Zufahrt des Zwischenlagers.

Am 5. September endet die Aktion mit einer dreitägigen Abschlussblockade. Die „Ini60“ bringt, wie so oft in den vergangenen Monaten, Brötchen, die Post etwa 50 Briefe und Karten. Der Postbote händigt sie den „Blockadeteilnehmern, Atommüllzwischenlager, Haupttor, 3131 Gorleben“ aus. (bh)

## Atomanlagen „Die Mauer muss weg!“

Was Anti-AKW-Initiativen rund um Gorleben in Anspielung auf die Berliner Mauer immer wieder gefordert hatten, will jetzt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) umsetzen. Dessen Präsident, Wolfram König, stellte der Endlagerkommission in Berlin Pläne vor, wie die Oberflächenanlagen des so genannten Erkundungsbergwerks Gorleben zurückgebaut werden.

Bisher ist das Gelände mitten im Wald durch eine hohe Betonmauer mit Natodraht hermetisch abgeriegelt. Es gehe nun darum, die Anlage auf einen üblichen industriellen Standard zu bringen und bürgernäher zu gestalten, sagte König laut Süddeutscher Zeitung. „Diese Mauern passen nicht mehr in unsere Zeit.“ Er kündigte an, ein großer Teil der Gebäude solle abgerissen, andere anderweitig genutzt werden. Für Verwaltung und Betrieb des Schachtes sollen nur einige wenige Gebäude übrig bleiben, darunter die zwei Fördertürme. Kritiker/-innen im Wendland bleiben allerdings skeptisch: „Eine weiße Landkarte bei der Endlagersuche ist das nicht. Dazu müssten die Hohlräume und Strecken unter Tage verfüllt werden.“ (we)

Weitere Infos im Internet unter:  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

## Salzrechte Drei neue Verträge

Die parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter hat kürzlich zu den Salzrechten und der Verlängerung der sogenannten Nießbrauchverträge, die Ende des Jahres auslaufen, Stellung genommen. Demnach werden 110 Verträge nicht verlängert, weil das operative Feld bei der Offenhaltung des Bergwerks verkleinert wurde. Drei Verträge wurden neu ausgehandelt. Sie umfassen 148 Hektar. Die Grundstückseigner und Inhaber von Salzrechten kassieren 820 Tausend Euro. „So erkaufte man sich Zustimmung“, kritisiert die Bürgerinitiative



Lüchow-Dannenberg. Die Laufzeit der Verträge bis zum 31. Dezember 2035 bleibt der Aufreger für die Atomkraftgegner/-innen im Wendland. „Dieser Zeitraumen lässt sich auf die Formel bringen: Offenhaltung bis zur Standortentscheidung. Das zeigt, wie der Hase läuft.“ (we)

## Prozess Keine Eile

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat Ende Juni die Eilbedürftigkeit in Sachen Veränderungssperre Gorleben erneut verneint. Eilanträge von Greenpeace und Forstbesitzer Andreas Graf von Bernstorff gegen den Beschluss der Bundesregierung, die Veränderungssperre zu verlängern, waren Mitte April bereits vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg gescheitert. Beide hatten moniert, dass eine Veränderungssperre, die den Status Quo in Gorleben und damit die Möglichkeit, im Salzstock Gorleben ein nukleares Endlager zu errichten, erhält, sich nicht mit dem Standortauswahlgesetz (StandAG) verträgt: „Im StandAG steht klipp und klar, dass die Erkundung des Salzstocks beendet ist.“ Damit entfalle auch eine Rechtsgrundlage für die Privilegierung des Standorts Gorleben in einem neuen Suchverfahren, also auch die so genannte Veränderungssperre, die verhindern soll, dass durch Baumaßnahmen oder Bohrungen der Salzstock in Mitleidenschaft gezogen wird. (gr)

Weitere Infos im Internet unter:  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

## Atommüllkonferenz Treffen in Kassel

Am Samstag, dem 19. September 2015 findet die 7. Atommüllkonferenz in Kassel statt. „Es sind längst die Atomkritiker/-innen einzelner Standorte, kritische Expert/-innen und Wissenschaftler/-innen, die umsichtiger und realistischere Ansätze für den Umgang mit Atommüll haben als Politik und Atomindustrie“, so Peter Dickel von der AG Schacht KONRAD. Dazu trügen auch die halbjährlichen Treffen der Atommüllkonferenz bei. Die „Bestandsaufnahme Atommüll“ und das Fachportal „atommuellreport.de“ sind bereits aus diesem Forum hervorgegangen, aber auch ein bundesweit gemeinsam erarbeitetes Positionspapier „Abschaltung, Stilllegung und Rückbau von Atomkraftwerken“, das konkrete Sicherheitskriterien und Forderungen für einen verantwortungsvollen Ausstieg aus der Atomenergie beschreibt. Dieses Papier soll im Zuge der nächsten Atommüllkonferenz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die findet statt am 19. September von 11 bis 17 Uhr in der Volkshochschule Kassel, Wilhelmshöher Allee 19-21, 34117 Kassel. (gr)

**Weitere Infos im Internet unter:**  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

## Datenspeicherung Widersprüchliche Angaben

Die Datenspeicherung von Vorstandsmitgliedern der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und einem Redakteur der Gorleben Rundschau führte unlängst dazu, dass vier Interessierten bei einem geplanten Besuch der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) die Tür versperrt blieb. Im Falle einer Anfrage übermittelt die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) die Namen der potenziellen Besucher an das niedersächsische Umweltministerium, das sie seinerseits an das Landeskriminalamt (LKA) weiterleitet. Von dort wird zurückgemeldet, wer – wie im

vorliegenden Fall – zum Beispiel in der Bund-Länder-Verbunddatei „Inpol-Fall Innere Sicherheit“ gelandet ist. Die unmittelbare Folge heißt: Draußen bleiben! Das brachte einer der Betroffenen durch hartnäckiges Nachfragen in Erfahrung. Das LKA schrieb dem Diplom-Ingenieur, dass bei der Eingabe seines Namens ein „Treffer“ gelandet wurde. Dazu reichte ein Ermittlungsverfahren aus wegen einer demonstrativen Aktion am Erkundungsbergwerk Gorleben im Mai 2015, eine Anklage erfolgte damals aber nicht. Durch die Auskunft des LKA gerät nun auch die GNS in Erklärungsnot. Deren Sprecher Jürgen Auer hatte stets betont, dass der Atomfirma vorgeschrieben werde, wer das GNS-Gelände betreten darf. Im LKA-Schreiben aber heißt es wörtlich: „Die Entscheidung hinsichtlich des Besucherantrages wird nicht durch die Polizei, sondern ausschließlich durch den Betreiber der kerntechnischen Anlage im Rahmen der Ausübung seines Hausrechts getroffen.“ (gr)

## Suchverfahren Desaster wird deutlich

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg kritisiert den Beschluss der Endlagerkommission, ihre Arbeit um lediglich sechs Monate zu verlängern. „Der enge Zeitrahmen von zwei Jahren und die Tatsache, dass die Kommission es nicht geschafft hat, eine Evaluation des Gesetzes anzugehen, zeigt, dass es hier nur darum geht, einen Arbeitsauftrag abzuarbeiten“, sagte Sprecher Wolfgang Ehmke. Wieder sei die Chance verpasst worden, den Weg frei zu machen für eine umfassende gesellschaftliche und demokratische Verständigung über die Frage, wie zukünftig mit dem nuklearen Risiko umgegangen werden soll. Begriffe wie „Zeitfenster“ und „Zeitdruck“ seien in diesem Kontext kontraproduktiv. (gr)

**Weitere Infos im Internet unter:**  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)



## Bi-Büro Aktion und Politik

Es ist Sommer. Es ist wenig los im Widerstand. Aber ein paar Termine der Bürgerinitiative gab es im Juli und August doch: Der mittlerweile 300. Sonntags-spaziergang nach Bekanntgabe der – inzwischen zurückgenommenen – AKW-Laufzeitverlängerung fand am 26. Juli rund um das so genannte Erkundungsbergwerk in Gorleben statt. Zum 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hat ein Verbund wendländischer Initiativen zwei Großplakate in den Dörfern Grabow und Prisser organisiert und finanziert. Die Lüchow-Dannenberg waren damit Teil einer Kampagne der Friedenskooperative. Auch Mitglieder der seit Fukushima wöchentlich in Dannenberg stattfindenden Mahnwache stellten die Jahrestage in den Vordergrund. Am 3. August gedachten sie der Opfer und entzündeten ein „Peace“-Zeichen aus Kerzen. Am 22. August fand in Hamburg eine Hafentrundfahrt zu den Brennpunkten internationaler Energiepolitik statt. Die Bürgerinitiative war an der Organisation durch die Hafengruppe und das Anti-Atom-Büro Hamburg beteiligt. Urantransporte standen dabei ebenso auf dem Plan, wie der Kohlehafen und das Kraftwerk in Hamburg-Moorburg. Die Hafentrundfahrt schaffte Grundlagen für den Aktionstag gegen Urantransporte im September. Ende August wurde der Bürgerinitiative vom „Wunde.r.punkt Breese in der Marsch“ der Kulturellen Landpartie erneut ein Scheck über 500 Euro überreicht. Kassenwart Klaus Longmuss sagte: „Es ist wunderbar, mit Euch zuverlässige Freunde und Unterstützer an unserer Seite zu wissen.“ (tk)



BO HUT 1.46 KM  
HOROMBO HUT 7.8 KM

# Protest auf dem Gipfel der Freiheit

**Tansania, Südafrika** Die Förderung von Uran geht mit massiver Umweltverschmutzung einher, auch und gerade in Afrika. Der entstehende Abraum bleibt über Millionen Jahre radioaktiv. Trotzdem plant die tansanische Regierung, künftig verstärkt Uran abzubauen, um so zu einer der weltweit größten Exportnationen aufzusteigen. Uran, das in Industrienationen, aber auch in den Schwellenländern Afrikas billigen Strom erzeugen soll. Das Vorhaben gefährdet den Lebensraum zahlreicher Tierarten und die Lebensgrundlage von über 100 000 Menschen. Dagegen regt sich nun Widerstand. Katja Becker, Jonathan Happ und Jean-Jacques Schwenzfeier berichten aus Tansania und Südafrika.



**Kälte, Übermüdung, eine nie endende wollende Wand**

Um auf die weithin unbekanntenen, katastrophalen Zustände beim afrikanischen Uranbergbau aufmerksam zu machen, hat sich das „K-Project for Peace“ als internationale Gruppe von Ärzt/-innen und Aktivist/-innen zusammenschlossen. Ihr Sinnbild: der Kilimandscharo, mit 5895 Metern der höchste Berg Afrikas. Ihr Vorhaben: Protest auf dem Gipfel. Die Mitglieder des Projekts wollen sich mit ihrer Aktion an Länder innerhalb und außerhalb Afrikas wenden. Denn Uran wird als Treibstoff für Atomkraftwerke und Ausgangsmaterial von Atomwaffen benötigt. Damit findet es nahezu keine Verwendung in Afrika. Noch nicht.

*Endlich: Tansania! Den Kilimandscharo haben wir erst ein einziges Mal gesehen: vom Viewpoint im Uhuru Hotel im tansanischen Moshi. Dort hatte das „K-Project for Peace“ im Vorfeld der Besteigung eine zweitägige Konferenz abgehalten. Jetzt versteckt sich der Gigant hinter Wolken, flößt Respekt ein, wenn er sich ab und an zeigt.*

Der Uranabbau für Reaktoren in Europa, Asien, Nordamerika ist nur ein Teil des Problems. Auch die Stromversorgung in Südafrika muss dringend modernisiert werden. Viele Kohlekraftwerke, die 85 Prozent der südafrikanischen Energie produzieren, sind alt und müssen in absehbarer Zeit vom Netz genommen werden. Zusätzlich hat sich Südafrika im Rahmen des Kyoto-Protokolls dazu verpflichtet, den Anteil von CO<sub>2</sub>-freien Energieträgern stark auszubauen. Wissens- und Technologietransfer im Bereich der regenerativen Energien könnte in der Zukunft eine große Rolle spielen. Aus Europa beispielsweise, auch aus

Deutschland. Aktuelle Regierungspläne sehen aber vor, stattdessen die komplette Produktionskette der Atomenergie auch in Südafrika wieder in Gang zu setzen, vom Uranabbau über die Anreicherung bis hin zur Energiegewinnung. Russland, China, Frankreich, die USA, Japan, Südkorea und Kanada buhlen schon um Aufträge. Sieben weitere afrikanische Länder, darunter Kenia, Uganda und Nigeria, wollen ebenfalls in die Atomkraft investieren.

*Das ewige Kotzen ist zum Kotzen! Begonnen hatte es schon auf 2000 Metern Höhe, noch weit in der ersten Hälfte hinauf zum Gipfel des Kilimandscharo. Unsere Gruppe ist längst zersplittert. Menschen aus Kenia, Nigeria, Indien, Estland, Deutschland und Tansania teilen sich auf in langsame, mittlere und schnelle Wanderer. Wir gehen von der Mandara Hut zur Horombo Hut, die auf 3700 Metern Höhe liegt. Fast alle haben Kopfschmerzen, Ibuprofen wird zum besten Freund. In der Nacht sehen wir den Gipfel des Kilimandscharos zum ersten Mal. Oh Gott, ist das noch weit! Aber immerhin: Wir befinden uns bereits oberhalb der Wolkendecke, haben den Bergwald hinter uns gelassen und sind jetzt in alpiner Moorlandschaft unterwegs. Und allen Blessuren zum Trotz: Die Gruppe ist entschlossen und stark! Alle wollen den Gipfel erreichen und ihren Protest in die Welt tragen. Protest gegen das Erstarken der Atomindustrie in Afrika.*

Wie es um die steht, hatten wir vier Monate vor unserem Aufstieg auf einer hochkarätig besetzten Atomkonferenz in Kapstadt erfahren. Donald Hoffman ist Präsident von „EXCEL Services“, einer international agierenden Beratungsfirma für Industrie und Behörden im Atomkraft-Sektor. Auf der Konferenz sprach er vom Bestreben der afrikanischen Länder nach Industrialisierung und Wirtschaftswachstum, von steigendem Energiebedarf und unaufhaltsamer Bevölkerungszunahme. Die Folgerung sei eine Handlungspflicht für Industrienationen hin zu einer Zukunft Afrikas mit Atomkraft als sicherster und sauberster Energiequelle der Welt. Über die katastrophalen Zustände in den afrikanischen Uranabbaugebieten wollte Hoffman in Kapstadt nicht sprechen.

**Links:** Uran wird auch im Tagebau gefördert. **Mitte:** Afrikas bisher einziges AKW, das Kraftwerk Koeberg in Südafrika. **Rechts:** Filmaufnahmen auf einer Abraumhalde, der strahlenden Hinterlassenschaft einer Uranmine.

**Gegenüberliegende Seite. Großes Bild:** Ein Gefühl wie auf Droge. **Links oben:** Ankunft an der Horombo Hut auf 3700 Metern Höhe. **Rechts oben:** Die Luft wird immer dünner. **Links unten:** Kaum noch Bewuchs in der alpinen Wüste. **Mitte unten:** Gillman's Point, Zwischenstation auf dem Weg zum Gipfel. **Rechts unten:** Rollbare Tragen am Wegesrand als Hinweise auf ein mögliches Ende der Tour ...

*Wir sind weiter unterwegs. Auf dem Weg zum Base Camp auf 4720 Metern Höhe. Ein erster Mitstreiter scheidet aus. Zu erschöpft. Der Bewuchs wird immer spärlicher. Kakteenartige Pflanzen säumen unseren Weg. Die Moorlandschaft geht über in alpine Wüste. Während wir Untrainierten uns unter größten Anstrengungen den Berg hinaufschleppen, laufen Porter mit unserem Gepäck an uns vorbei. Guides ermuntern uns mit ihrem freundlichen „sip sip“, Wasser zu trinken. Bei Ankunft das große Erbrechen: Kathy schafft es noch aus der Hütte. Selemani erbricht ins Zimmer. Racheal auf den Weg. John während des Abendessens neben den Tisch. Andere folgen. „Normal“, sagen die Guides.*

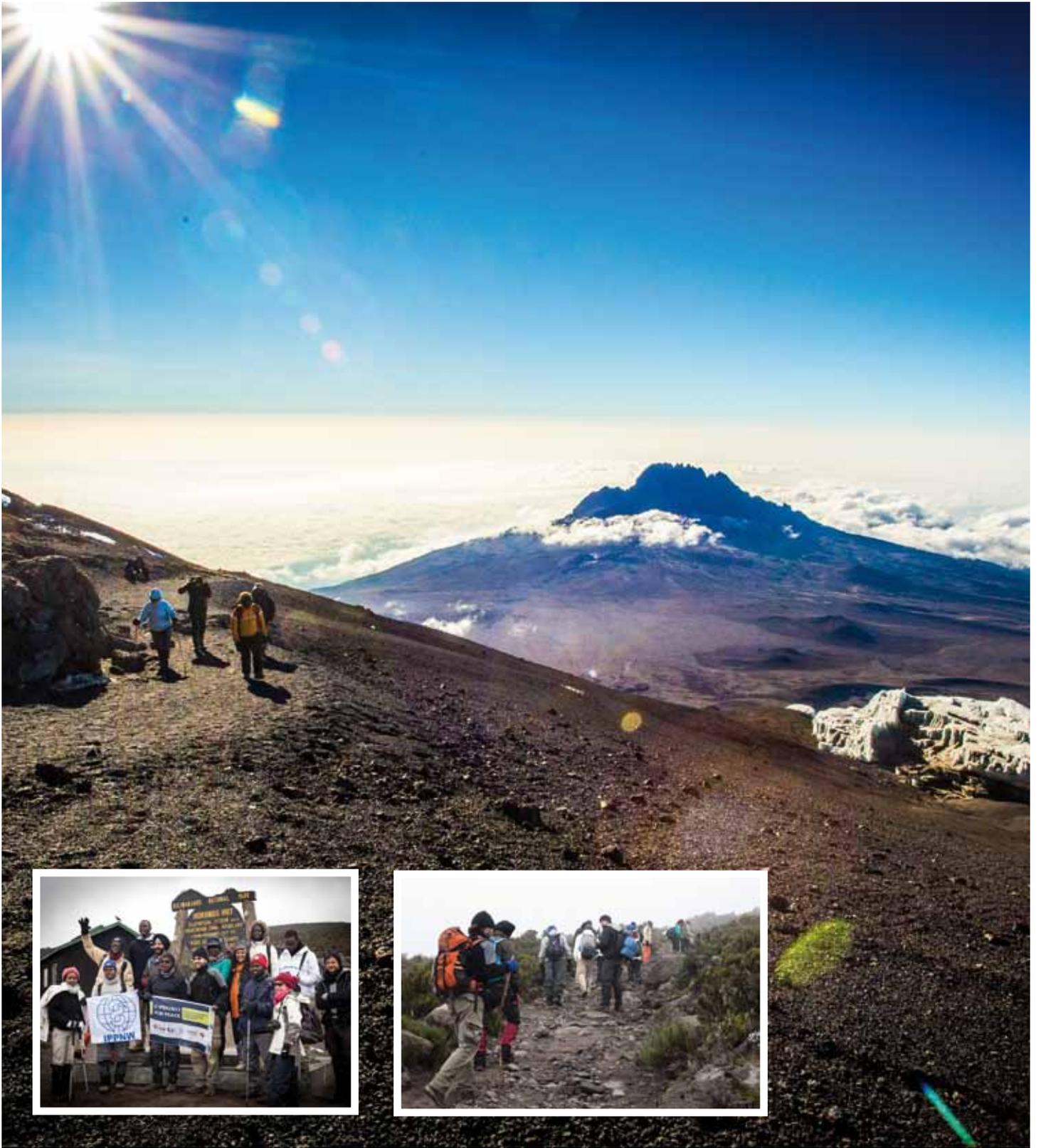
Uranabbau ist der Anfang der von der Atomlobby propagierten „sauberen“ Energieform. Afrikanische Politiker und internationale Minengesellschaften sprechen von gut bezahlten Arbeitsplätzen, vom Ausbau der lokalen Infrastruktur. Über die Folgen und Auswirkungen wird wenig diskutiert. Dabei sind die Umweltzustände in den Abbaugeländen verheerend – während und nach dem Betrieb der Minen. Nur ein sehr geringer Teil wird ordnungsgemäß renaturiert. Eigentlich müssten alle Abraumhalden mit Gras bedeckt und über Jahrzehnte hinweg befeuchtet werden, um ein Pflanzenwachstum gegen die Entwicklung des radioaktiven Staubs zu fördern. Stattdessen bleibt in

der Regel ein großer, wüstenartiger Berg, der dauerhaft Unmengen an Wasser schluckt. Für ein trockenes Land wie Südafrika ein enormer Aufwand.

*Nach drei Stunden Pause gibt es um 23 Uhr Frühstück. Niemand hat Appetit. Selemani und John steigen aus. Zu krank für den Aufstieg. Um Mitternacht Sammeln in der Dunkelheit. Dann eine Schlange von Stirnlampen im Zickzack den Berg hinauf. Kälte, Übermüdung, eine nie enden wollende Wand. Umfallende Leute, Erbrechen. Ein Schritt, ein Atemzug. Alles wird schwer, unerträglich. Das Sichtfeld ist eingeschränkt auf die Füße des Vordermanns. Einschlafen am Gehstock. Angst davor. Dann Ankunft am Etappenziel Gilman's Point in 5685 Metern Höhe. Racheal fällt aus, wird den Berg wieder runter getragen. Die Gruppe ist arg zergliedert. Das Gehirn funktioniert nicht mehr. Die Konzentration lässt nach. Überleben. Durchhalten. Abschalten.*

Unweit von Kapstadt haben wir Orte besucht, an denen Menschen direkt an den Abraumhalden der Uranminen leben und täglich einer radioaktiven Grundstrahlung ausgesetzt sind. Carletonville zum Beispiel. Es ist von Minenabraumhalden förmlich umzingelt. Ob im Trinkwasser, im angebauten Mais oder im Fleisch der Kühe: Die Schwermetalle und Chemikalien der Uranmine sind überall, doch existieren bis heute keine Langzeitstudien über die Folgen für







**Manager der Atomindustrie propagieren die Kernkraft gern als „saubere Energiegewinnung“.**



**Eine Uran-Abraumhalde bei Kapstadt in unmittelbarer Nähe zu Wohnsiedlungen.**

Mensch und Umwelt. Der Leiter einer Schule für körperlich und geistig beeinträchtigte Kinder vermutet, dass die Minen der Grund für die Häufung der Beeinträchtigungen sind. Laut sagen darf er das nicht...

*Der Guide sagt, Uhuru Peak, ist um die Ecke. Unser Ziel. Nur noch eine Stunde weiter. Das hat er vor zwei Stunden auch schon gesagt. Massive Gletscherformationen tauchen auf. Der Mond steht über dem Gipfel. Auf der anderen Seite geht über Afrika die Sonne auf. Über dem Wolkenmeer. Wir haben das Gefühl, „high“ zu sein. Ob von der dünnen Luft oder der bombastischen Natur? Keine Ahnung!*



**Wohnsiedlung neben dem durch Uran verseuchten Abbaugelände bei Carletonville**



**Dieser Hinweis findet kaum Beachtung bei den Menschen**

Was bleibt, wenn die Rohstoffvorkommen erschöpft sind, erklärt der alte Minenarbeiter Henry, der uns durch verlassenene Wohnhäuser und die Industrieanlagen von Carletonville führt. Keine drei Jahre ist es her, dass die Mine ihre Tore geschlossen hat. Verrostete Schubkarren, eingebrochene Mauerwerke, verfallene Industriehallen und kleine Warnschilder an einem zerschlagenem Zaun: „No entry“. Diese Schilder säumen die Straßen in Carletonville, beachtet werden sie von den wenigsten. Henry erklärt uns den dumpfen Metallklang, den wir beim Verlassen des Autos in der Stille hören. In diesem Gebiet treiben sich Metaldiebe und illegale Goldschürfer herum, die die radioaktiven Hinterlassenschaften erneut auswaschen, um einen kleinen Gewinn zu erwirtschaften. Von niemandem wird dabei die Strahlung des Metalls gemessen.

*Halb acht. 5895 Meter Höhe. Unter unmenschlicher Anstrengung erreichen wir den Gipfel. Chaos. Improvisierte Protestaktion mit T-Shirts. Dann unerwartete Ankunft von Daniel. Er trägt die Banner. Eigentlich wurde er vom Guide aufgefordert, umzukehren. Zu krank. „Willst du dein Leben riskieren für diese Banner?“ Die Antwort prompt: „Ja! Wenn es sein muss, werde ich für diese Banner sterben!“ Die Gruppe will handeln. Improvisation mit verschiedenen Kameras. Die Guides treiben uns an: „Keiner kommt mehr! Keine Zeit, hierzubleiben!“ Wir sollen wieder los: „Zu gefährlich hier oben!“ Extreme Kälte! Beim Fotografieren frieren die Finger ein.*

Die lautstarke Demonstration vor der französischen und russischen Botschaft in Kapstadt gegen die Unterzeichnung von Verträgen für den Bau von Atomreaktoren ist nicht zu überhören. Der Widerstand richtet sich gegen die Absicht der Politik, neue Atommeiler bauen zu wollen und dabei nicht nur gegen die eigene Regierung, sondern auch gegen potenzielle Atom-Partner wie Frankreich und Russland. Kraftvoll und bestimmend, mit starken Forderungen

auf T-Shirts und selbstgemalten Schildern, tanzen und singen die Menschen, rufen ihre Forderung nach Mitbestimmung über die Zukunft. Sie erinnern an die Ereignisse von Fukushima und Tschernobyl und wissen, dass sie heute noch etwas ändern können, morgen vielleicht schon nicht mehr. Verträge sind schnell unterschrieben, Steine schnell aufeinander gesetzt.

*Alle fertig. Tortur den Berg runter. Abstieg wie in einer Halluzination. Von den ursprünglich 17 Kletterern haben es zwölf bis zum Gipfel geschafft. Jetzt ein ewig erscheinender Abstieg. Kathy wird von zwei Guides gestützt und erbricht immer wieder. Wo Geröll liegt, surfen wir förmlich den Berg herunter. Zur Luft! Zum Sauerstoff! Endlich Ankunft im Base Camp. Alle sind ausgezehrt, gefoltert. Alle wollen ruhen. Alle aber müssen nach nur kurzer Pause weiter. Bleiben wäre zu gefährlich. Die Höhe! Zu den zwölf Stunden kommen nochmal vier Stunden Fußmarsch bis zur Horombo Hut. Mit dem Abstieg, der Luft, dem Sauerstoff, werden die Erinnerungen klarer, überwältigender.*

Südafrika gilt als Vorreiter. Sollte das Land am Kap 30 Jahre nach der Errichtung des einzigen zur Stromgewinnung genutzten AKWs die Atomkraft weiter ausbauen, gilt es als wahrscheinlich, dass andere afrikanische Länder folgen werden. Diese Kettenreaktion wäre kaum aufzuhalten.

*Gesang und Tanz der Porter und Guides zur Zelebrierung des Abstiegs. Die Gruppe tanzt mit. Wir sind noch immer über den Wolken. Aber je tiefer wir kommen, desto besser fühlen wir uns. Die Kopfschmerzen gehen weg, das Erbrechen hört auf, die Stimmung wird besser. Am Abend Ankunft am Startpunkt, Marangu Gate. Die Erkenntnis trifft uns, dass wir's geschafft, vielleicht unser Leben aufs Spiel gesetzt haben. Mindestens aber ein Zeichen gegen Uran Abbau und für eine Welt ohne Atomwaffen und ohne Atomenergie.*

## Uranbergbau weltweit

In Zeiten des Klimawandels wird seitens der Atomindustrie immer wieder versucht, die Atomenergie als CO<sub>2</sub>-neutral, als klimafreundlich darzustellen und ihr damit zu einer Renaissance zu verhelfen.

Nicht erwähnt – und damit auch kaum in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit – wird dabei der dreckige Anfang der nuklearen Kette: der Uranbergbau. Uran, das als Brennstoff für Atomkraftwerke weltweit in unterschiedlicher Konzentration gefördert wird. Um eine Tonne davon zu gewinnen, müssen je nach Gehalt des Erzes bis zu 100 000 Tonnen Erz abgebaut und aufbereitet werden. Ausnahmen gibt es nur in Kanada, wo im Norden des Landes Saskatchewan bis zu 20 Prozent Uran im Gestein gefunden werden. Aber auch hier, ebenso wie in etwa 70 bis 80 Prozent der weltweiten Abbaugelände auf dem Land indigener Völker, gibt es massive Menschenrechtsverletzungen. Vertreibung und die Zerstörung von Lebensgrundlagen kennzeichnen den Beginn der Atomwirtschaft in Kanada genauso wie in den USA, Südamerika, Skandinavien, Afrika, Russland, Mongolei, China oder Australien.

Doch auch wenn Politiker wie der kanadische Premier Stephen Harper alles tun, um die Rechte der „First Nations“ mit Füßen zu treten, gibt es immer wieder Formen des Widerstandes, der gelegentlich auch bei Regierungen Gehör findet und wie im Falle Quebecs zu einem „Ban of Uranium Mining“ geführt hat.

So genannte „Senior Producer“, also Konzerne wie Cameco, Rio Tinto, BHP Billeton oder AREVA, weichen deshalb zunehmend auf Länder aus, in denen Verträge mit korrupten Regierungen und ohne aufwändige Umweltverträglichkeitsstudien größere Gewinnspannen möglich machen. „Die Menschen in Kanada und den USA sind, was Umwelt und Sozialverträglichkeit angeht, überbeansprucht von Minenprojekten wie dem Uranbergbau. Die Zukunft ist Afrika“, so ein Sprecher der Paladin Minengesellschaft in Australien.

Auf dem schwarzen Kontinent gibt es in Ländern wie dem Niger und Südafrika teilweise jahrzehntelange Erfahrung im Uranbergbau, der – oft einhergehend mit Goldbergbau – aber nirgendwo zu einer gerechten Verteilung des daraus entstandenen Kapitals geführt hat. Im Gegenteil: Zumeist hat der Bergbau eine direkte Verarmung der Bevölkerung zur Folge, weil unter anderem der immense Wasserverbrauch die Austrocknung der ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebiete vorantreibt und Vergiftung und Verstrahlung ein Leben in der Nähe der Mine unmöglich machen.

Uran wird in offenen Tagebauen, Untergrundminen oder im so genannten „In Situ“, einem dem Fracking ähnlichen Verfahren, gefördert und zu Yellowcake, dem Grundstoff zur Anreicherung, weiterverarbeitet. Vorgeschaltet sind meist sogenannte „Junior Miners“, kleinere Firmen wie UEC (Uranium Energy Cooperation) oder Denison, die am Kapitalmarkt Geld aufreiben und Anlegern hohe Gewinne versprechen.

Auch wenn die „International Atomic Energy Agency“ (IAEA) das „In Situ Leaching“ als „Best Practice“ darstellt und Firmen wie UEC diese Methode als umweltfreundlich verkaufen, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer wasserführende Schichten und damit die Trinkwasserversorgung für Mensch und Tier negativ betroffen sind.

Deshalb erschleichen sich bankrotte Staatskonzerne wie die französische AREVA Genehmigungen, beispielsweise von der neuen Herrschaftselite in der Mongolei, und zerstören schon mit ihren Probebohrungen die Lebensgrundlagen der dortigen Nomaden. Menschen, die sich dagegen wehren, werden dort wegen „organisierter Kriminalität“ angeklagt. Denn egal, wo Menschen sich gegen den Uranabbau wehren, gleicht ihr Kampf dem von David gegen Goliath: Aktuell droht AREVA jedem einzelnen widerständigen Mongolen mit Schadensersatzforderungen von 200 000 Dollar für jeden Tag Verzug. (gh)

Weitere Infos im Internet unter:

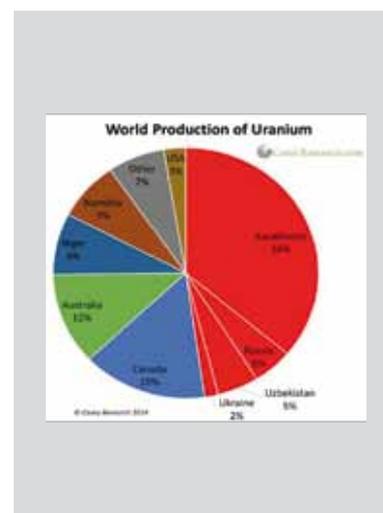
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

## Uran-Film-Festival

Das Internationale Uranium Film Festival ist das weltweit einzige Filmfest, das sich der gesamten atomaren Kette widmet: Vom Uranbergbau bis zum Atommüll, von der Atombombe bis zum Super-GAU, von Hiroshima bis Fukushima. Es wurde 2010 in Rio de Janeiro gegründet, um Filmen, die kaum im TV oder im Kino gezeigt werden, eine globale Plattform zu geben und sie auf den „Big Screen“ zu bringen. Die besten Filme zeichnet das Uranium Film Festival mit seinem Filmpreis, dem „Yellow Oscar“, aus.

Das Uranium Film Festival wurde einige Monate vor dem Reaktorunfall von Fukushima in Rio de Janeiro gestartet, als der Unfall von Tschernobyl bereits fast vergessen war. Seit 2012 findet es nun alljährlich in der Cinematheque von Rios Museum für Moderne Kunst (MAM Rio) statt. Mit ausgewählten Filmen reist es zudem in andere Städte und Länder. Das Uranium Film Festival war bereits in Washington, Neu Delhi, New York, Window Rock, Santa Fe, Mumbai, Lissabon, München, Passau und Berlin. Ziel ist es, das Uranium Film Festival auf allen Kontinenten zu etablieren.

Die deutsche Ausgabe des Uranium Film Fest startet am Donnerstag, dem 24. September um 19 Uhr mit dem Eröffnungsfilm: „The Man who saved the World“ mit Kevin Costner in der Hauptrolle. Spielort: Brotfabrik-Kino, Caligariplatz 1, Berlin Weißensee. (pm, gr)





# Renaissance der Atomkraft?

**Paris** Vom Paradox, wie die Menschheit in ihrem ersten *gemeinsamen* Kampf, dem Kampf gegen den Klimawandel und damit dem Kampf gegen die Zerstörung der Natur und der menschlichen Lebensgrundlagen durch sie selbst, der schmutzigsten und gefährlichsten aller Möglichkeiten zur Energiegewinnung zu einem zweiten Leben verhelfen könnte.

Ein Kommentar von Henrik Stern

In einigen wenigen Medien war kürzlich zu lesen, dass die Industrie hinter der nuklearen Stromerzeugung weltweit auf dem absteigenden Ast sei. Da wurden Restlaufzeiten bestehender AKWs mit Zahlen geplanter Neubauprojekte zusammengebracht und graphisch in eben jenen Ast überführt, der in Zukunft immer mehr abfällt. Zudem wurde dieses Jahr bekannt, wie tief beispielsweise der größte Atomkonzern, die französische AREVA, im Minus steht, und anderswo geisterten Nachrichten durch die Medienwelt, die das Aussterben von nukleartechnischen Fachkräften betrafen. Sollten wir damit nicht erstmal zufrieden sein und uns in Zeiten des Klimawandels auf das Problem der Kohleverstromung konzentrieren, so wie es die gro-

ßen Umweltorganisationen zuletzt vorgemacht haben?

Ende November treffen sich Vertreter der Vereinten Nationen (UN) in Paris zur nächsten Klimakonferenz (COP21). Nachdem 2009 in Kopenhagen (COP15) ein Abkommen als Nachfolge für das Kyoto-Protokoll gescheitert ist, wurden in den darauffolgenden Konferenzen zwischen den 195 Vertragsstaaten Allianzen neu- und umgebildet, Gräben ausgelotet, Fronten verschoben und neue Kommunikationsbasen geschaffen. Inzwischen ist man in jenen Kreisen der Meinung, dass der diesjährige Klimagipfel die Entscheidung bringen muss.

Man würde sich damit gemeinsam darauf einigen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu begrenzen und nach und nach soweit runterzufahren, dass

die Folgen der Klimaerwärmung für die Menschheit tragbar bleiben. Dabei, und das ist neu, bleibt es jedem Land in gewissen Grenzen selbst überlassen, wie es das angeht. Diesbezüglich stellte die UN bereits im Kyoto-Protokoll unter anderem fest, dass Kernenergie nicht als Lösung zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes infrage käme.

Es bahnen sich also auf der Basis des zu erwartenden Abkommens weltweit grundlegende energiepolitische Entscheidungen an, die die Weichen für viele Jahrzehnte stellen. Ob diese aus klimapolitischer Sicht ausreichend sein werden, sei zunächst dahingestellt. Diese Entscheidungen werden in Ländern getroffen, deren Priorität es ist, die Energieerzeugung noch erheblich zu steigern, weil sie wirt-

schaftlich konkurrenzfähig werden wollen und weil große Teile ihrer Bevölkerung noch unterversorgt sind. Diese Entscheidungen werden in Ländern getroffen, deren Bevölkerung sich an eine Überversorgung gewöhnt hat und deren Wirtschaft ihre Vormachtstellung nicht einbüßen will. Diese Entscheidungen werden aber auch in einer Zeit getroffen, in der die nuklearen Industrien immer noch im Besitz ihres machtpolitischen Einflusses sind, in der die Gesetzesgrundlagen immer noch atomfreundlich gestaltet sind und in der in den großen Parteien immer noch Altpolitiker die Fäden ziehen, die an das Wunder unendlicher Energieressourcen glauben. Eine Zeit, in der sich Fronten aufbauen um die Frage, wer durch den Umgang mit nuklearen Ressourcen einer Atombombe einen großen Schritt näher kommen darf und wer nicht, sich aber keiner darüber Gedanken macht, dass er sich mit einem Atomkraftwerk selbst eine tickende Bombe unters Kopfkissen legt.

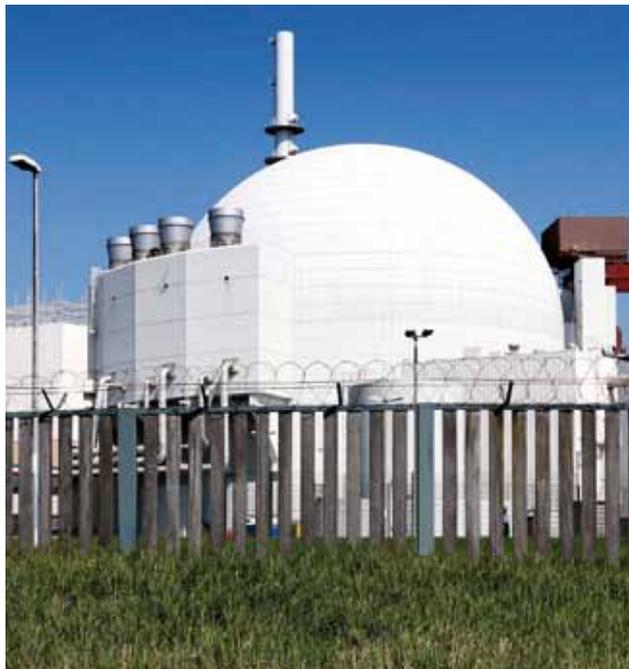
Was nach all den Klimagipfeln weder in den Köpfen der verantwortlichen Entscheider, noch in denen der verantwortlichen Verursacher oder Verbraucher angekommen ist, ist, dass das große Rennen vorbei ist. Man meint, man könne ewig weiterrennen und müsse zukünftig nur ein wenig auf einen geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß achten. Solange sich weiterhin auf diese Weise Konkurrenz- mit Wachstumsdenken paart, wird jedes Mittel recht sein, dem Spagat zwischen viel Energie und wenig CO<sub>2</sub> entgegenzukommen. Und genau da sieht die Nuklearindustrie jetzt ihre Chance, den Fuß wieder in die Tür zu bekommen. Sie hat damit ein Argument in der Tasche, dessen Gewicht zunehmend schwerer erscheint.

Dass Atomstrom als grün und bisweilen gar als CO<sub>2</sub>-frei beworben wird, ist neben der schreienden Lüge ein Fehler, der seine Verfechter angreifbar macht und die Problematik an die Oberfläche spülen könnte. So wurde gerade der französische Stromkonzern EDF, der im Übrigen ein Hauptsponsor des kommenden Klimagipfels ist, gezwungen, eine sol-

che Werbung zurückzuziehen. Hoffentlich mit allen negativen medialen Konsequenzen und einem breiten aufklärerischen Effekt. Dabei lässt es sich nicht leugnen, dass Atomstrom über seine gesamte Produktionskette nur ungefähr ein Fünftel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Kohle und Gas verursacht. Genau da liegt der Knackpunkt.

Das Ganze derart reduziert zu betrachten, ist mehr als gefährlich und natürlich völlig falsch, denn die Tatsache, dass Uran ein fossiler, endlicher Brennstoff ist, unterscheidet ihn negativ von den erneuerbaren Energien, ebenso wie die CO<sub>2</sub>-Werte, die bei Letzteren nochmals bis zu Faktor 10 niedriger liegen. Aber werden diese Argumente berücksichtigt? Werden die altbekannten Gefahren der Atomenergie bedacht? Die Probleme mit der Entsorgung, die weltweit ungelöst sind? Die Gesamtkosten, die weiterhin durch versteckte Subventionen verschleiert werden? Und überhaupt: Muss eine Diskussion neu eröffnet werden, wenn in altbekannten Argumenten schon Ausschlusskriterien im Überfluss vorhanden sind?

Das aber steht jetzt zu befürchten, und es ist ja nicht unbekannt, wie Politik manchmal funktioniert, gerade wenn eine Lobby in ihrem vermeintlich letzten Gefecht nochmal auf Hochtouren kommt. Es stellt sich also die Frage, wie man einen „abfallenden Ast“ prognostizieren kann kurz bevor die Karten neu gemischt werden? Und es wird neu gemischt werden, wenn selbst die oben angeführte eigentlich selbstverständliche Aussage der UN zur Untauglichkeit der Atomenergie in einem Papier steht, dessen Text noch dieses Jahr wieder zur Diskussion gestellt wird. Um zu verdeutlichen, was in dieser Textarbeit, die auf internationaler Ebene auch zwischen den Gipfeln vorangetrieben wird, vor sich geht, mag ein Detail dienen, das auf amerikanischen Druck hin geändert wurde: In einer Textpassage ist ein Ziel von „erneuerbare“ auf „saubere“ Energie geändert worden, mit der löblichen Intention, ein noch härteres Kriterium zu de-



**Es ist ja nicht unbekannt, wie Politik funktioniert, wenn eine Lobby auf Hochtouren kommt**

finieren und den Bereich der Biokraftstoffe besser ausschließen zu können. Manche/-r mag sich an Kräfte erinnern, die schon seit langem versuchen, die Kernenergie als sauber zu definieren. Und doch wurde mit der Textänderung ein weiteres Hintertürchen einen Spalt geöffnet.

Die massiven staatlichen Subventionen, die die EU für den Neubau des AKW Hinkley Point in Großbritannien genehmigt hat, zeigen, in welche Richtung die Tendenz geht. Solche Entscheidungen haben nicht nur Strahlkraft auf andere europäische Länder, sondern auch auf den Rest der Welt. Wo das selbsternannte Vorbild deutscher Politik seine Interessen in Europa sonst mit der Macht des Stärkeren durchzusetzen weiß, gibt es sich gerade in diesem Punkt mehr als zurückhaltend und offenbart damit, wie sehr es schmerzt, seine atompolitischen Interessen dem Willen des Volkes geopfert zu haben.

*Um zu demonstrieren, dass echter Klimaschutz nur ohne Atomkraft möglich ist, fährt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zur großen Klima-Demo am 12. Dezember nach Paris. Informationen auf der letzten Seite dieser Ausgabe, telefonisch im BI-Büro (05841-4684), oder im Internet.*

**Weitere Infos im Internet unter:**  
 ● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

# Feuerhölle Wendland

**Waldbrand** Vor vierzig Jahren kam es zu einer Waldbrandkatastrophe im Raum Gorleben. Dort, wo heute Infotafeln von Greenpeace und der Bürgerinitiative über den Gorleben-Komplex informieren, brach das Feuer aus. Von Andreas Conradt



Als sie ihre eigene Nummer im wendländischen Kolborn wählte, ahnte sie noch nicht, was sich daheim abspielte. Marianne Fritzen war auf dem Weg nach Paris, um Familienangelegenheiten zu regeln. Die Nacht zwischen den beiden langen Zugfahrten wollte sie bei Freunden in Bonn verbringen. Sie erreichte die damalige Bundeshauptstadt am Nachmittag des 12. August 1975.

Nach dreimaligem Klingeln nahm ihre junge Tochter ab. Die Verbindung war schlecht. „Mama, bei Gorleben brennt der Wald! Ich hab’ Angst! Ich kann den Qualm von hier aus sehen. Ich will weg!“ Nach dem Telefonat begann das lange Warten: Erst die Tagesschau um 20 Uhr brachte mehr Nachrichten von zuhause. Was Fritzen dort erfuhr, war höchst beunruhigend.

Gegen 12 Uhr brach in der Nähe von Gorleben ein weiteres Großfeuer aus, nachdem es in den Tagen zuvor schon an anderen Orten der Lüneburger Heide zu brennen begonnen hatte. Bis zum späten Abend wurden im Wendland rund 2000 Hektar Wald vernichtet. Seit gut zwei Monaten hatte es nicht mehr geregnet, und auch der 12. August war ein herrlicher Sommertag mit Temperaturen über 30 Grad und einem beständigen Wind. „Die Vegetation war ausgetrocknet. Da genügte ein einziger Funke“, erinnert sich der spätere



**Die Polizei suchte nach einem Mann mit orange-farbenem Mofa. Er wurde nie ermittelt.**



Kreisbrandmeister Uwe Schulz.

Das Feuer raste förmlich durch den Wald, übersprang Straßen und Schneisen, bedrohte Friedhöfe, Häuser, ganze Dörfer. Katastrophenalarm wurde ausgelöst. Nemitz wurde von der Außenwelt abgeschnitten – mitsamt der dort stationierten Einsatzleitung. In den Nachmittagsstunden mussten die Ortschaften Lanze und Prezelle evakuiert werden, auch Trebel war akut bedroht. Nur mit knapper Not gelang es der Feuerwehr, die Orte vor den Flammen zu schützen. Die Bekämpfung des Brandes gestaltete sich von Anfang an schwierig, weil nur drei Tanklöschfahrzeuge zur Verfügung standen. Andere Fahrzeuge und Besatzungen aus Lüchow-Dannenberg waren schon Tage zuvor nach Süden verlegt worden, um dort Löscharbeiten zu unterstützen.

Dann endlich die Wende: Mit Hilfe von Bergepanzern und des THW, der aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nachrückenden Feuerwehren und einigen Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes konnte das Feuer in den Abendstunden eingedämmt werden.

Nach Aufhebung des Katastrophenalarms am 18. August begannen die Untersuchungen zur Ursache. Dabei wurde nie zweifelsfrei festgestellt, ob Brandstiftung oder Selbstentzündung das Feuer ausgelöst hatte. Der damalige Hauptlöschmeister Uwe Horstmann, an weniger aufregenden Tagen Juwelier in Gartow, spricht heute von „professioneller Brandstiftung“. Uwe Schulz widerspricht.

Als Marianne Fritzen aus Paris zurückkam, war die Feuerhölle gelöscht, die Bevölkerung begann in den Monaten danach, sich anderen Themen zuzuwenden. Bis zum 22. Februar 1977, als Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) den Finger auf die Wunde legte: Gorleben sollte der Standort für das geplante Nationale Entsorgungszentrum (NEZ) werden, den riesi-

gen Industriekomplex für Wiederaufarbeitung, Zwischen- und Endlagerung von Atommüll. Ein furchtbarer Verdacht kam auf: „Es hatte 1975 an vielen Stellen in Niedersachsen gebrannt, nirgends konnte Brandstiftung ausgeschlossen werden“, sagt Marianne Fritzen heute. „Die Feuer haben den Wald und die Flächen wertlos gemacht. Zwei der Brandstellen waren potenzielle Standorte für das NEZ. Uns war sofort klar, dass da Kalkül dahinter steckte. Das war ganz einfach zu zufällig!“

Ironie der Geschichte: Schon im März 1977 fand die erste von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg organisierte Demonstration gegen das NEZ auf der verkohlten Fläche statt. Später pachtete sie 20 Hektar von Waldbesitzer Andreas Graf von Bernstorff und überließ 100 mal 100 Meter große Teilstücke für je 200 Mark an ökologisch ausgerichtete Gruppen, die dort unter dem Motto „Wiederaufforstung statt Wiederaufarbeitung“ junge Laubbäume anpflanzten. „Käufer“ der Teilstücke waren Anti-Atom-Initiativen aus ganz Deutschland und Gruppen wie die „Wandervögel“, in denen auch der Gründer der heutige Saftmosterei Voelkel aus dem wendländischen Pevestorf aktiv war. Die Bäumchen wurden von der heutigen EU-Parlamentarierin Rebecca Harms beschafft, die seinerzeit eine Ausbildung in einer Uelzener Gärtnerei absolvierte.

Ob der Waldbrand Teil eines perfiden Plans zur Durchsetzung des NEZ war, wird sich wohl nie klären lassen. Die neue grüne Fläche dagegen wurde in der wendländischen Szene schnell als der „BI-Platz“ bekannt und hat, wie das aus den verkohlten Baumstämmen im Mai 1980 gezimmerte Hütendorf der „Republik Freies Wendland“, maßgeblich zur Etablierung des Widerstands beigetragen.

**Weitere Infos im Internet unter:**  
 ● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

# Hier san mir dahoam!

**Endlagersuche** Wer hätte denn auch ahnen können, dass die unerträgliche, Entschuldigung: unsägliche Suche nach einem Zwischenlager für die noch im Ausland befindlichen Castoren ausgerechnet das beschauliche Bayern treffen könnte? Überrumpelt ist selbst unser rasender Reporter, der K.

Die Weisung der Umweltministerin Hendricks, dass Bayern am Standort Isar Castoren aus dem Ausland aufnehmen soll, traf die dortige CSU-Fraktion aus heiterem Himmel und wirkt in der medialen Betroffenheit, dass man denken könnte, Urvater Strauß persönlich sei dem Himmel entstiegen, um den Widerstand gegen Atommüllüberfremdung anzuführen.

Während Seehofer in einer Übersprunghandlung die Energiewende abschieben lassen will, muss der christsoziale Kreiskriegerkamerad Oßner in der Kommission zu Berlin seinen Mann stehen und das Böse vom Freistaate abwenden.

Ob die Kommission samt Oßner die Anweisung von Hendricks nun als gut bewertet oder nicht, ließe sich als politische Formalie ohne Tragweite abhandeln. Die zu Tränen rührende Betroffenheit bayerischer Politiker/-innen in der Kommission sobald Bayern und Atommüll in einem Satz fallen, lassen allerdings aufhorchen. Während das Fehlen von Mitspracherecht für ein gewisses Verständnis, keinesfalls aber für Mitleid sorgt, bekommen die Zuhörer/-innen immerhin ein Paradebeispiel für eine „Not in my backyard“-Argumentation zu hören. Während jahrzehntelang die „Bloß nicht bei uns einlagern“-Mentalität den Gorleben-Gegnern zugeschrieben wurde, hält diese im Wendland ebenfalls seit Jahrzehnten abgelegte Argumentation nun mit großem Pioniergeist Einzug in die Region Landshut. Der Kreistag dieses bajuwarischen Landkreises stimmte nämlich kürzlich für die von der CSU, JL und FDP vorgelegte Resolution zur Verweigerung der Aufnahme von Castoren aus dem Ausland. Das ist nicht weiter erstaunlich, doch kann man bei genauer Betrachtung nur Bewunderung für diese Resolution aussprechen. So wird die Ablehnung inhaltlich

damit begründet, dass die Region bereits durch ihre enorme Leistung zur Energieversorgung der Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag liefere, so dass sich die Einlagerung zusätzlichen Mülls verbiete. Dabei ist nicht klar, ob sich in den im Ausland befindlichen Castoren womöglich gar bayerischer Atommüll befindet. „Mit hoher Sicherheit“ geht der Kreistag jedoch davon aus, dass es sich um Atommüll aus anderen Bundesländern handelt, der damit nicht als eigener Müll angesehen werden kann. Also quasi kulturfremder Müll. Daher sollen die Castoren auch in den, Achtung, „Salzstock Gorleben“ eingelagert werden, denn dafür gebe es eine Einlagerungsgenehmigung. „Das Grauen. Ich habe das Grauen gesehen!“ kommt es einem sofort in den Sinn. Also jetzt noch mal für die Bayern: Es befinden sich *keine* Castoren im Salzstock Gorleben und es gibt *dafür* auch *keine* Genehmigung. Selbst für das Zwischenlager Gorleben, über Tage gelegen, ist eine Einlagerung der 26 Castoren gemäß Standortauswahlgesetz nicht gewollt. Nun möge man den Politiker/-innen eines Landkreises mit drei Atomkraftwerken zugestehen, dass sie nichts von Atommüll wissen, auch wenn schon das den menschlichen Verstand

zu zerbersten vermag. Die endgültige Hirnschmelze aber setzt ein, wenn einem klar wird, dass Florian Oßner, Mitglied des Bundestags und der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfälle zu Berlin, auch das Amt eines Kreisrats im Landkreis Landshut inne hat!

Ob nun die Resolution gegen das Standortauswahlgesetz oder die brachiale fachliche Unkenntnis schwerer wiegt, ist vor dem Hintergrund, dass ein Mitglied der Kommission im eigenen Kreisausschuss sitzt, obsolet.

Luaja sag i!

Liebe Initiator/-innen der Landshuter Resolution: Über 80 Millionen Menschen in Deutschland haben keine Ahnung von Atommüll. Da müssen wir was tun! Das Wendland kann helfen! Schreibt Euch nicht ab!





**Geschichte** „Miss-Marples-Schwestern“ ist ein Netzwerk, das die Beteiligung von Frauen an der Geschichtsschreibung sichtbar machen möchte. Es wurde 1990 gegründet und führt jährlich bundesweite Treffen durch – gelegentlich auch in Lüchow-Dannenberg. Dort sind „Miss-Marples-Schwestern“ auf einige der Gorleben-Widerstands-Frauen gestossen. Denn viele Frauen haben sich sehr aktiv am Anti-Atom-Protest im Wendland beteiligt – oftmals über 30 Jahre und länger. Dabei haben sie mit viel Fantasie und Kreativität verschiedenste Formen des Widerstands entwickelt. Eine eigene Gruppe innerhalb der „Schwestern“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, den weiblichen Anteil zu dokumentieren, um ihn für die Nachwelt zu bewahren. Als Form wählte die Gruppe das Interview. Darin erzählen Frauen, wie sie zum Widerstand gekommen sind und wie sie ihn mitgestalteten. Seit 2010 entstanden so schon 36 Interviews, nachzuhören im Lüchower „Gorleben Archiv“. Von Margarete Albers

**Frauen haben spezifische Aktionen kreativ, witzig und erfolgreich durchgeführt**

## Frauen im Widerstand

Legendär ist die „Wohnzimmerblockade“ vor dem Zwischenlager in Gorleben: Unter dem Motto „Kein böser Bube kommt in unsere Stube“ wurde viel gefegt und sich geschminkt. Frauen-Kram halt! Dem Polizeispalier wurden gar Pralinen auf Silbertablets gereicht...

Nicht minder erinnenswert: Die Schmierseifenaktion bei Gusborn auf der Straßentransportstrecke zwischen dem Castor-Kran in Dannenberg und den Atomanlagen bei Gorleben. „Wir bringen die Atomindustrie ins Schliddern“, wieder in Hausfrauenmanier. Hier kam es gar zu Festnahmen! Vor dem ersten Castortransport fuhr wendländische Frauen mit der Bahn nach Phillipsburg in Baden-Württemberg, machten auf vielen Bahnhöfen Station und wurden von örtlichen Initiativen mit rotem Teppich und Blaskapelle empfangen. Später gab's da noch das Frauen-Camp in Grippel mit deutlich lesbischem Akzent. Und zuletzt

das „Guerilla-Knitting“, ein Beitrag im Rahmen der 365-Tage-Blockade-Aktionen: Das Tor zur Endlagerbaustelle wurde behäkelt. Die Reihe frauentypischer Protestaktionen im Wendland ließe sich mühelos fortsetzen. In die Bundesrepublik mag es nicht immer vorgedrungen sein, doch in Lüchow-Dannenberg ist es Allgemeingut: Frauen haben im Widerstand gegen die Atomanlagen immer eine tragende Rolle gespielt.

Der Vorsitz der Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) war von 1978 an bis auf zwei kurze Ausnahmen 36 Jahre lang in weiblicher Hand. Erst mit dem derzeitigen Vorsitzenden Martin Donat endete diese Tradition. Auch das zweite Schwergewicht im Wendland, die Bäuerliche Notgemeinschaft, eine der beeindruckendsten Säulen der Gorleben-Gegnerschaft, wurde und wird nachhaltig und couragiert von Frauen gemanaged. Und schließlich gibt's gar eine





rein weibliche Widerstandsgruppe, die „Gorleben-Frauen“. Sie haben im Laufe der Jahre viele (haus-)frauenspezifische Aktionen kreativ, witzig und erfolgreich durchgeführt.

All diese Aktivitäten haben in den Biografien der Beteiligten Spuren hinterlassen. Brutale Räumungserfahrungen, bürgerkriegsähnliche Zustände im von Polizei belagerten Lüchow-Dannenberg haben starke, schwer zu verarbeitende Eindrücke hinterlassen und waren nach außen (also jenseits der Grenzen des Wendlands) kaum noch zu vermitteln.

Aufgehoben oder abgemildert wurden diese bösen Erlebnisse nur durch die ebenso starke Erfahrung von Solidarität, Zusammenhalt und dem Wissen, für eine bessere, ökologisch nachhaltigere Welt zu kämpfen. Sie haben im weitesten Sinne zur Politisierung, auch über Generationen hinweg geführt. „Ach, Mutter ist wieder auf Demo!“ sagen die Kinder hier lapidar und wachsen ganz selbstverständlich in „den Widerstand“ hinein.

Auch die Überwindung von Angst gegenüber der Staatsmacht wurde so befördert. „Als ich entscheiden hatte, mich verhaften zu lassen“, sagt eine Frau, „ist die Angst vor Staatsgewalt ein für allemal gewichen.“

Aktionserfahrungen auf der blockierten Straße mit basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen und gewaltfreiem Handeln schärfen das wache und kritische Beobachten dessen, was die Damen und Herren aus der Politik so gern als demokratische Entscheidungen ausgeben. Und sie bereiten den Weg für die „sozialen Folgen“ des Protests: So entstand aus dem Kreis der Aktivistinnen das „Frauen-Forum“, das 14 Jahre lang fast monatlich Veranstaltungen zu frauenrelevanten Themen veranstaltet hat; aus einer dieser Veranstaltungen ist schließlich das Frauenhaus in Lüchow hervorgegangen. Auch der „Soziale Arbeitskreis“ ist maßgeblich durch Widerstands-Frauen gestaltet worden, und nicht zuletzt hat die lange in der BI aktive Wilhelmina Meinecke den Anstoss

für das „Senioren-Kolleg“ gegeben. Gabriele Wohlauf aus Berlin, Marion Tichomirowa aus Freiberg und Kathrin Offen-Klößner aus Hamburg bilden die kleine Untergruppe von „Miss Marples Schwestern“, die die Aktivitäten und den frauenspezifischen Akzent des Widerstands für die Nachwelt festhalten wollen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, viele Frauen in Lüchow-Dannenberg zu befragen, Interviews zu führen und noch verborgene Materialien-Schätze zu heben. Eine große Aufgabe: „Über 70 Frauen haben wir auf der Liste. Ganz ohne Weiber geht die Chose halt nicht! Nicht hier und nicht woanders. Und das sollte festgehalten werden – im ‚Gorleben Archiv‘ und anderswo.“ Und die Männer? Die drei „Schwestern“ grinsen: „Die Männer sind die andere Hälfte des Himmels!“

**Weitere Infos im Internet unter:**

● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)





## Die rebellische Freifrau

**Portrait** „Unangemessen und unverschämt.“ So klingt es wohl, wenn der Adel sich empört. Und so klingt es auch bei Jutta von dem Bussche. „Ich habe wirklich schon Schlimmeres gemacht, ohne dass etwas passiert wäre!“ Im westfälischen Ahaus aber hatte sie mit Blockierer/-innen auf der Schiene gesessen. Dafür wurde sie – unerhört! – in Handschellen abgeführt, erkrankungsdienstlich behandelt und durfte – unverschämt! – nur in Begleitung zur Toilette.

Jutta stammt aus der Hamburger Familie de Chapeaurouge. Mit dem Wendland war sie eigentlich immer verbunden. Ihre Mutter weilte kriegsbedingt in der Gohrde, als klein Jutta zur Welt kam, es folgten viele Ferien. Wirklich zuhause war sie in jungen Jahren aber in Bonn, später, als Studentin, in Tübingen und Hamburg. 1974 zog sie mit ihrem Mann in das im Familienbesitz stehende Gutshaus in Hitzacker.

Die Benennung Gorlebens als Standort für ein Atommüllendlager wenige Jahre später ging an der Mutter mit vier kleinen Kindern noch völlig vorbei. Das Hüttendorf der „Republik Freies Wendland“ schaute sich Jutta immerhin kurz vor der Räumung an.

**Sie ist überzeugt, dass der Widerstand viel erreicht hat. Gorleben werde in Frage gestellt, die Energiewende sei in vollem Gang. Dazu hat sie ihren Beitrag geleistet: die Freifrau aus Hitzacker. Nun glaubt sie an die grüne Wiese.**

**Von Torsten Koopmann**



Sie war tief beeindruckt und begann zu verstehen, worum es in der Auseinandersetzung ging. Gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Dragahn ein paar Jahre später ging es dann schon über Zäune und ums Sammeln von Einwendungen. In den Anhörungen wurde immer vom Restrisiko gesprochen. „Dasklingt so klein, aber wenn's passiert, ist es so groß!“

Mit den Castortransporten der Neunzigerjahre kam schließlich die Idee auf, in Hitzacker ein Camp für Demonstranten zu organisieren. „Eigentlich ist so ein Camp ganz schön anstrengend, aber das lohnt sich, wenn man sieht, wie selbstverständlich dort zusammengelebt und Rücksicht genommen wird.“

Der Stadtrat wollte die Castor-Camps am Hitzacker-See verhindern. „Na, da haben wir das dann eben im Park hinterm Gutshaus aufgebaut.“ Für so manchen Atomkraftgegner eine ganz neue Kulisse. Der Stadtrat musste lernen, dass sich diese Frau so leicht nicht geschlagen gibt. Sie wird eben gerne unterschätzt. Widerstand und Adel? Für Jutta kein Tabu!

Auch nicht Widerstand und Kirche: Im Umweltausschuss der Synode der hannoverschen Landeskirche hat Jutta maßgeblich an der ersten Stellungnahme mitgearbeitet, in der sich die evangelische Kirche gegen Gorleben und die Atomkraft aussprach. Der Kirchenkreis Lüchow-Dannenberg und die EKD folgten. „Die Stimmung war durch die Pastorenberichte zu den Castortransporten bereit, weil offensichtlich wurde, was in jenen Tagen so alles passiert war.“ Die einfache Formel lautete: „Keine Castortransporte ohne Lösung der Entsorgungsfrage.“

Für die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) war 2000 ein schwieriges Jahr. Die Castortransporte waren ausgesetzt. Rot-Grün bastelte an einem Atomausstieg und hielt an Gorleben als Standort für ein Atommüllendlager fest. Für Politiker, Journalisten und weite Teile der Bevölkerung war der wendländische Widerstand aus der Zeit gefallen. „Die hatten es noch nicht kapiert“, war der

Tenor, und der BI fiel es schwer, dagegenzuhalten. Es fand sich niemand, den Vorsitz zu übernehmen. Aber wenn's eng wird, ist auf Jutta Verlass: Sie übernahm das Amt, und es war vom ersten Tag an viel zu tun. Die große Politik machte Druck und wollte Gorleben vom Tisch bekommen. Zugleich wurde der Standort mit der Pilotkonditionierungsanlage weiter ausgebaut.

Als Jutta nach einer Demonstration gegen Siemens auf dem EXPO-Gelände in Hannover von der Polizei festgesetzt wurde, fragte sie ein Beamter bei der Ausweiskontrolle, was denn, biteschön, eine Freifrau sei. Die vorwurfsvolle Frage des Polizisten war eigentlich: „Was machen Sie denn hier?“ Jutta hatte das wohl verstanden, aber mit einem schelmischen Lächeln antwortete sie: „Sie können auch Baronin zu mir sagen.“ Her Royal Coolness! Die ehrliche Antwort hätte indes lauten müssen: „Demonstrationen organisieren!“ In Vorbereitung war „Atomausstieg – Alles Lüge“, seinerzeit die große Anti-Atom-Demo in der Bundesrepublik.

Was folgte, waren die unerwartet großen Schienenblockaden, die von der wendländischen Widerstandsgruppe „widerSetzen“ zu den letzten Castortransporten organisiert wurden. Mittendrin: Jutta! „Es war immer schwierig, die Menschen auf die Schienen zu bringen. Zuviel Respekt!“ Die Aktionen vorzubereiten habe Spaß gemacht. Aber dann zu sehen, wie die Pläne aufgingen und die Demonstranten trotz polizeilichen Großaufgebots völlig gewaltfrei an ihr Ziel kamen, das sei faszinierend gewesen. „Wir hätten uns nicht träumen lassen, dass es so viele werden, die auf die Schiene gehen,“ freut sich Jutta heute noch.

Sie und die anderen Mitglieder von „widerSetzen“ fühlten sich für die vielen Schienenbesetzer, die von überall her anreisten, aber auch verantwortlich. Schon deshalb sagt sie heute: „Ich bin froh, dass keine Castoren mehr fahren.“ Und dann blitzt nochmal das bürgerliche in der Freifrau auf: „Ach, Mensch, und die haben mir auch so viel Zeit geklaut!“



In zunehmenden Maße engagieren sich Künstlerinnen und Künstler in Deutschland gegen soziale Missstände und eine verfehlte Umweltpolitik. Als ein starkes Zeichen Kulturschaffender gegen eine falsche Atompolitik und den allzu sorglosen Umgang mit der strahlenden Hinterlassenschaft gilt das Hamburger Literaturfestival „Lesen ohne Atomstrom – Die erneuerbaren Lesetage“. 202 Künstler/-innen sind in den letzten fünf Jahren bei „Lesen ohne Atomstrom“ aufgetreten, ohne Gage.

Die Theater- und Veranstaltungszentren stellen ihre Häuser dafür mietfrei zur Verfügung. Das Bild zeigt nur einen Teil der Künstler/-innen. Ihr Engagement hilft, die Anti-Atom-Debatte in das bürgerliche Bewusstsein zu pflanzen.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

# Welt-Klima-Gipfel in Paris 12.12.15

**Keine Kohle! Kein Atom!**  
Jetzt handeln für den Klimaschutz!  
Auf in die Stadt der Liebe  
und der Revolution!  
Wir unterstützen den  
**ANTI-ATOM-BLOCK** auf  
der KLIMA-DEMO.



# DON'T nuke the climate

**Fahrt mit uns zur Demo nach Paris.**

Von Freitag, 11.12.15 bis Sonntag, 13.12.15. Anmeldungen für Fahrt mit 2 Übernachtungen werden ab sofort im BI-Büro entgegengenommen.

(Preise bitte erfragen, sie standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.)

Oder organisiert selbst Fahrgemeinschaften, Busse & Übernachtungen.



mehr Infos unter:

[www.bi-luechow-dannenberg.de/paris](http://www.bi-luechow-dannenberg.de/paris)

[www.wiseinternational.org/campaign](http://www.wiseinternational.org/campaign)



Spendenkonto  
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg  
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg  
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21  
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg  
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow  
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18  
☎ 05841 - 4684  
[buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de)  
[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)